

Darüber hinaus habe ich auf statistische Daten über die Umsetzung Dublins zugegriffen. Die beiden wichtigsten Quellen hierfür waren die Evaluationen der Europäischen Kommission und ab 2008 die Eurostat Datenbank. Weitere Quellen waren parlamentarische Anfragen an die Bundesregierung, sowie Frontex- und BAMF-Berichte, in denen oft in regelmäßigen Abständen statistische Daten veröffentlicht wurden. All diesen statistischen Daten ist gemein, dass sie von den beteiligten Staatsapparaten produziert wurden. Sie zielen auf eine Erhebung, Kontrolle und Evaluation der Behördenpraxis aus einer staatlichen Perspektive. Nicht öffentliche, den entsprechenden Staatsapparaten nicht bekannte Praxen werden dementsprechend nicht direkt in den Statistiken erfasst. Außerdem zieht sich durch die Geschichte Dublins, dass die von den nationalen an die europäischen Staatsapparate gemeldeten Daten immer unvollständig sind. Ich interpretiere die Probleme in der Datenlage als einen Ausdruck der Grenzen des staatlichen Zugriffs auf gesellschaftlichen Prozesse im Allgemeinen und als Ausdruck staatlicher Verweigerungspraxen (siehe auch Kapitel 6.2.2) im Speziellen. Auf Basis dieser Daten sind dementsprechend keine exakten Aussagen über die Umsetzungspraxen möglich. Oft lassen sich aber in der Gesamtschau der Daten und in der Kombination mit Daten aus anderen Quellen allgemeine Tendenzen in der Umsetzung erkennen. Genau wie Dokumente sind Statistiken keine direkte Repräsentation der Wirklichkeit, sondern aus einer bestimmten Perspektive gestaltete kommunikative Akte, bei denen sowohl der Gegenstand, als auch die Perspektive der Verfasser*in sowie der kommunikative Kontext beachtet werden muss (Wolff 2012a, S. 511). Für die Zwecke meiner Fragestellung habe ich deshalb die statistischen Daten analog zu Texten ausgewertet und auf die Berechnung von statistischen Parametern wie Korrelationen, Mittelwerten, Streuungsmaßen sowie computergestützte Auswertungsverfahren weitgehend verzichtet.

4.1.3 Teilnehmende Beobachtung und Hintergrundwissen

Im Verlauf des Forschungsprozesses habe ich zudem an öffentlichen oder halböffentlichen Treffen oder Tagungen von staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Akteur*innen teilgenommen. Neben den Inhalten der Treffen waren auch die Interaktionen zwischen den anwesenden Personen für meine Untersuchung von Interesse. Außerdem spielten diese Tagungen eine entscheidende Rolle beim Zugang zu Interviewpartner*innen aus den Staatsapparaten – sowohl bei den Polizeibehörden als auch beim BAMF scheiterten vorher über Monate alle Interviewanfragen. In beiden Fällen öffneten mir Personen aus den entsprechenden Organisationen, die ich auf solchen Tagungen kennenlernte, durch ihre Empfehlungen den Zugang zu entsprechenden Interviews. Ich konnte in einem Fall eine Asylverfahrensberaterin in einer Landesarstaufnahmeeinrichtung einen Tag lang bei ihrer Beratungsarbeit begleiten.

Neben diesen expliziten Beobachtungen als Forscher, wurde die vorliegende Arbeit durch meine eigene Teilnahme im Feld in weiterer Hinsicht auch implizit geprägt. Meine Forschung wurde in weiten Teilen durch ein Promotionsstipendium der Rosa Luxemburg Stiftung finanziert. Als dieses Stipendium nach drei Jahren auslief, arbeitete ich in Teilzeit für einen Zeitraum von zwei Jahren im Sekretariat einer Asylrechtskanzlei. Neben der Notwendigkeit, mich während der Fertigstellung der Dissertation zu finanzieren, waren für mich die Einblicke in die alltägliche Realität der bürokratischen und juristischen Seite der Asyl- und Dublin-Verfahren ein Grund für die Wahl dieses Arbeitsplatzes. Aus Gründen des Datenschutzes sowie der besonderen Vertrauensbeziehung zwischen Anwält*innen und ihren Mandant*innen und vor allem der klaren Trennung zwischen meinen verschiedenen Rollen, habe ich während meiner Arbeit in der Kanzlei nicht im engeren Sinne geforscht. Ich habe über meine dort gesammelten Erfahrungen weder Forschungsnotizen angefertigt noch Daten aus Fällen der Kanzlei in meine Auswertungen einbezogen. Dennoch haben meine Erfahrungen aus dieser Zeit in der Kanzlei mein Verständnis über die allgemeinen Abläufe dieser Verfahren entscheidend geprägt und mir beim Verständnis der während meiner Forschung erhobenen Daten geholfen.

Zudem konnte ich auf weiteres Hintergrundwissen zurückgreifen: Ich hatte bereits lange vor meiner Arbeit an der Dissertation mit Asylverfahren, Dublin und Abschiebungen zu tun. In meinem Bekanntenkreis waren immer wieder Personen von Abschiebungen oder Überstellungen bedroht. Politische Auseinandersetzungen um Abschiebungen haben mich seit meiner Jugend beschäftigt. Als Aktivist nahm ich an Protesten gegen Abschiebungen teil und engagierte mich darüber hinaus gegen Abschiebungen. Hier habe ich mich aber aus Gründen der Rollenklarheit, der prekären Vertrauensbeziehungen in diesem Feld und meiner persönlichen, politischen und emotionalen Verwobenheit in den entsprechenden Fällen dagegen entschieden, diese Situationen in meine Forschung einzubeziehen.

4.1.4 Datenanalyse

In Bezug auf den ontologischen und epistemologischen Zugang sowie auf das Konzept zum Umgang mit den erhobenen Daten und deren Beziehungen zu Theorien ist mein Ansatz geprägt von der *critical grounded theory* (CGT), wie sie von Belfrage und Hauf vertreten wird. Ihr Ansatz zielt darauf, neben diskursiven und semiotischen Ebenen auch nicht-diskursive, also beispielsweise strukturelle oder alltagspraktische Ebenen, in den Blick nehmen zu können (vgl. Belfrage und Hauf 2015, S. 329–330). Dabei grenzen sie die CGT sowohl von der positivistischen Epistemologie der klassischen Vertreter*innen (vgl. Glaser 1992) der Grounded Theory (GT), als auch von dem Konstruktivismus späterer GT-Vertreter*innen (vgl. Clarke und Fries 2011) ab. Stattdessen schlagen sie einen dritten epistemologisch-ontologischen